



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/40

16. Februar 1950

FDJ auf dem Dummenfang

sp. Nach dem Fehlschlag, den die Sowjets mit dem Versuch erlitten haben, den Gedanken der östlich gefärbten "Nationalen Front" durch Briefaktionen, Aufrufe und Solidaritätserklärungen volkstümlich zu machen, sind jetzt die westdeutschen Sportler an der Reihe.

Das Pfingst-Treffen der FDJ in Berlin zu Pfingsten soll neben dem Signal zur Eroberung von Westberlin auch den Gedanken der "Nationalen Front" in Westdeutschland aktivieren. In allen westdeutschen Ländern werden deshalb sogenannte Landesausschüsse für das Pfingst-Treffen gegründet. Unter der Vorspiegelung, dieses Treffen sei nichts weiter als eine Zusammenkunft von Jugendorganisationen und Sportlern zu friedlichen Zwecken, versucht man, Verbindung zu westdeutschen Organisationen und Persönlichkeiten aufzunehmen. Mit dieser Parole ist man an prominente deutsche Sportler herangetreten und hat unter diesen eine Unterschriftensammlung veranstaltet. Diese Unterschriften wurden ohne Wissen der Unterzeichner unter einen Aufruf zu einer westdeutschen Beteiligung am sogenannten Pfingst-Treffen in Berlin gesetzt, womit die FDJ ihr Zonentreffen meint. Als zugkräftiges Argument war den Sportlern die Möglichkeit zu einem Kräftevergleich mit ausländischen und deutschen Mannschaften versprochen worden. Dabei haben sich die kommunistischen Inspiratoren dieser Aktionen unlauterer und höchst unsportlicher Methoden bedient. Am Krankenbett des Fußballspielers Fritz W a l t e r z.B. erschien eine 23-jährige "Studentin aus Mainz" und bat um seine Unterschrift für ein überzonales deutsches Sportfest. Die Studentin sprach davon, dass ein Grosskampf des 1. FC Kaiserslautern gegen eine Berliner Stadtauswahl ermöglicht werden könne. Um dieses gesamtdeutsche Treffen organisieren zu können, brauche man die Unterschriften prominenter deutscher Sportler. So erschlich man die Unterschriften westdeutscher prominenter Sportler wie Heinz U l z h e i m e r , Heinz B e t t e n d o r f ,

Richard K i r n . Der Name des deutschen Halbschwergewichtsmeisters Max L e i c h t e r wurde unter dem Aufruf veröffentlicht, ohne dass er die Unterschrift überhaupt geleistet hatte.

Die meisten dieser Sportler, die sich hatten täuschen lassen, haben sich nachträglich von der kommunistischen Aktion wieder distanziert, als das Ziel dieses kommenden Jugendtreffens klar wurde. Jetzt aber werden diese Sportler von denselben kommunistischen Zeitungen, die ihren Aufruf mit lobenden Kommentaren veröffentlicht hatten, wegen mangelnder Zivilcourage lächerlich gemacht. Man behauptet, die Sportler hätten ihre Unterschrift zurückgezogen, weil sie fürchteten, "in Westdeutschland keine Starterlaubnis mehr zu erhalten".

Die Vorgänge zeigen, mit welchen Mitteln die westdeutschen Kommunisten arbeiten. Sie geben Anlass zu einer Warnung vor der kommunistischen Praxis, wie sie hier bei der Aktivierung der "Nationalen Front" erneut offenbar geworden ist. Es kann auf solche kommunistische Manöver nur die eine Antwort geben, wie sie z.B. die "Falken" von Hamburg auf die Einladung zu derselben FDJ-Veranstaltung in Berlin gegeben haben, nämlich, dass man gar nicht daran denke, sich von einer Organisation einladen zu lassen, die sich verlogen als überparteilich und demokratisch bezeichne, aber mit den Terrormethoden der ostzonalen Machthaber identifiziere.

- o - o -

Militarisierung der FDJ.

(sp.) Die Landesverbände der FDJ wurden vor einiger Zeit durch den Zentralrat angewiesen, in Diskussionen die Meinung der FDJ-Mitgliedschaft über eine weitere Militarisierung zu erforschen. Aufgrund dieser Diskussionen soll den FDJ-Mitgliedern die Notwendigkeit einer Remilitarisierung zur "Erhaltung des Friedens" vor Augen geführt werden. Gleichzeitig sollen mit der Uniformierung in der FDJ der Gleichschritt und straffe Kommandos eingeführt werden. In Aussicht genommen wurde die Abschaffung der Wahl von Verständen. Die FDJ-Leitung soll vielmehr von "oben" ernannt werden.

- o - o -

Labours "Who's Who?"

In Grossbritannien gibt es 612 Kandidaten der Labour Party und fünf in Nordirland; die Partei in Nordirland ist organisatorisch von der britischen Partei getrennt, doch werden sich in Nordirland gewählte Mitglieder den Beschlüssen der Parlamentsfraktion unterstellen. Der Sekretär der Labour Party, Morgan Phillips, gab vor Pressevertretern einige interessante Aufschlüsse über ihre Zusammensetzung im einzelnen:

Natürlich drückt sich die finanzielle Hilfe der Gewerkschaften auch in der grossen Zahl ihrer Kandidaten aus. Nach den Statuten der Labour Party darf aber keine Gewerkschaft oder andere Organisation ausserhalb der LP mehr als 80 Prozent der Wahlunkosten für einen Kandidaten bestreiten. Im Rahmen dieser Bestimmung werden von den 612 Kandidaten 140 direkt von den Gewerkschaften finanziert. Die Bergarbeiter stellen traditionell immer das grösste Kontingent, so auch diesmal mit 37 Kandidaten. Es folgen die Transportarbeiter mit 19, die Eisenbahner mit 13, die Gewerkschaften der Eisenbahnerangestellten und die Metallarbeiter mit je 11 Kandidaten, die der Öffentlichen Dienste und der Kaufmännischen mit je 10 Kandidaten. Viele andere Gewerkschaften finanzieren je ein bis zwei Kandidaten.

Die Co-operative Party (d.h. die Genossenschaften), hat 33 Kandidaten aufgestellt. Diese Gruppe führt ein Eigenleben und ist nur durch eine Dachorganisation (wie auch die Vertreter der TUC und der Fabian Society) mit der Labour Party verbunden. Aber die Zusammenarbeit ist ausserordentlich eng. Daher bezeichnen sich diese Kandidaten auch als "Labour und Co-operative" und verpflichten sich, wenn gewählt, der LP-Parlamentsfraktion beizutreten.

Die nicht von den Gewerkschaften oder von den Genossenschaften finanzierten Kandidaten werden von den Bezirksorganisationen mit Geld unterstützt und wenn nötig auch durch Zuwendungen aus einem zentralen Wahlfonds der Labour Party.

Unter den Kandidaten befinden sich 55 Gewerkschaftsangestellte, aber auch 55 Juristen. 22 werden als "Geschäftsleute" bezeichnet und 19 als Generaldirektoren. Diese letzten drei Zahlen beweisen, wie sehr es der Labour Party gelungen ist, auch in den Mittelstand einzudringen, von dessen Stimmen letzten Endes Sieg oder Niederlage abhängen wird. Die Tendenz, möglichst Vertreter aller Schichten

und Berufe als Labourabgeordnete ins Parlament zu bringen, wird noch deutlicher, wenn man hört, dass die Kandidatenliste noch 34

Lehrer, 34 Dozenten an Universitäten und anderen Institutionen, 27 Journalisten und Schriftsteller und 15 Ärzte und Dentisten umfasst.

13 Versicherungsbeamte und 14 Landwirte runden das Bild ab.

Eine vollständige Analyse der altersmässigen Zusammensetzung aller Labour-Kandidaten ist noch nicht fertiggestellt, aber eine

Übersicht über 426 von 612 Kandidaten zeigt, dass der Jüngste, Mr. Ian Nicholson, ein Student der Volkswirtschaft, 21 Jahre und die

Ältesten 78 bzw. 79 Jahre alt sind. Diese, Mr. D. Logan und Mr. D. Kirkwood, sind schon jahrelang Mitglieder des Unterhauses gewesen.

Sechs Kandidaten sind unter 25, 20 Kandidaten zwischen 26 und 30, 85 zwischen 31 - 40, 158 zwischen 41 - 50, 106 zwischen 51 - 60

und 51 über 60 Jahre alt.

H.P.

- o - o -

Wehret den Anfängen!

C.G. Es ist eine merkwürdige Erscheinung, dass die gleichen Kräfte, die im Wirtschaftsleben einen hemmungslosen Liberalismus das Wort reden, auf geistigem Gebiet eine Art Speisekammergesetz empfehlen. Die Vorstellung einer nach Nuditäten schnüffelnden Orbigkeit mag zunächst komisch anmuten, die möglichen Folgen jedoch können das Lachen vergehen lassen. So darf sich eine ablehnende Stellungnahme zu einem Gesetz zur Bekämpfung von "Schmutz und Schund" nicht auf Erwägungen über seine praktische Wirkungslosigkeit beschränken.

Der Kulturpolitische Ausschuss der SPD, der sich auf seiner letzten Sitzung am vergangenen Wochenende in Bonn eindeutig gegen einen Erlass eines "Schmutz- und Schundgesetzes" ausgesprochen hat, stellte die grundsätzliche Seite des Problems klar heraus. Mit einem sogenannten "Schmutz- und Schundgesetz" wird ein gefährlicher Weg beschritten, an dessen Ende eines Tages wieder brennende Scheiterhaufen stehen könnten.

Das Etikett "Schmutz und Schund" lässt sich mit ein paar Kunstgriffen leicht jeder unerwünschten Literatur ankleben. Schon der Begriff "Schmutz" ist ein sehr kautschukartiger, seine Koppelung mit "Schund" - im Alltagsgebrauch meist ohne tieferes Nachdenken verwandt - deutet noch stärker auf die möglichen Konsequenzen hin. Die Bezeichnung "Schund" birgt ein ästhetisches Werturteil in sich.

Die Annahme, durch Verbot des Minderwertigen hebe sich der Geschmack von selbst, ist so naiv, dass man sie nicht einmal den Befürwortern des Gesetzes unterstellen möchte. Der Verdacht, dass hier noch andere Hintergedanken zugrunde liegen, ist deshalb nicht von der Hand zu weisen.

Der stark "vorweimarische Charakter" - nach Dr. Schumachers Definition - der jetzigen Regierungskoalition scheint sich nunmehr auch im geistigen Bereich auszuwirken. Was wäre ein "Schmutz- und Schund-Gesetz" anderes als eine Neuauflage der Lex Heinze unseligen Andenkens, mit deren Hilfe der preussische Obrigkeitsstaat um die Jahrhundertwende alle Regungen freiheitlichen Geistes in Literatur und Kunst zu ersticken versuchte? Die Warnungen der Sozialdemokratie vor totalitären Neigungen der Regierung sind sehr oft als billige Polemik im Sinne einer Opposition um jeden Preis missdeutet worden. In dem Augenblick aber, da unklare Vorstellungen vom Wesen der Demokratie auch in den geistigen Bereich hinüberwirken, dürften auch jene Kreise die sich bisher nicht gerade durch politische Instinktsicherheit auszeichneten, die Notwendigkeit und Richtigkeit solcher Warnungen einsehen.

Die tödliche Bedrohung, die die junge Demokratie gerade von dieser Seite erfahren kann, darf keinesfalls bagatellisiert werden. Man muss den Anfängen widerstehen und gefährlichen Regungen schon im Keim entgegentreten. Die bittere Feststellung des "Zu spät" darf sich nicht zum zweiten Male wiederholen!

- o - o -

Pariser Informationsstelle über Deutschland.

A.F. In dem Bestreben, all denen, die sich für die deutsche Angelegenheit interessieren, die nötigen sachlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, um damit Irrtümer und Fehlurteile zu vermeiden, hat das in Frankreich bestehende "Comité für den Austausch mit dem neuen Deutschland" beschlossen, in Paris eine Informationsstelle zu eröffnen. Dort wird alles verfügbare Material gesammelt und geordnet. Es wäre wünschenswert, wenn von deutscher Seite dieser Stelle Freixemplare Zeitungen und Zeitschriften zur Verfügung gestellt werden könnten. Das französische Büro verfügt über keinerlei Mittel, und die Arbeit wird kostenlos von germanistischen Studenten geleistet.

(Adresse: Centre de Documentation sur l'Allemagne contemporaine, groupe des étudiants germanistes, 15, rue Champollion, Paris 5^e.)

- o - o -